

Antrag 14/I/2021

SPD-Bezirk Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wenn aus Worten Taten werden müssen. Wir handeln – gegen den Rechtsruck der Gesellschaft

1 NSU – Gruppe Freital – Old School Society – Feuerkrieg Division (FKD) – Franco A. – Hannibal – Revolution
2 Chemnitz – Lübke Mord – Nordkreuz – Halle – Teutonico – Hanau.

3 Das ist nur ein Auszug von dem, was wir wissen. Es ist nur die Spitze des Eisbergs von Rechtsterrorismus in
4 der Bundesrepublik. Spätestens seit dem Bekanntwerden der Mordserie des NSU hätte es unsere Aufgabe
5 sein müssen, diesem Terror den Kampf anzusagen.

6 Für uns können das alles keine Einzelfälle mehr sein, sondern konkrete und teils koordinierte Angriffe auf
7 unsere Demokratie und unsere vielfältige Gesellschaft!

8 Migrantenselbstorganisationen, Antifastrukturen und Menschen, die von Rassismus in Deutschland be-
9 troffen sind, weisen seit Jahren darauf hin, dass es zunehmend Gewalt von rechts gibt. Menschen, die sich
10 mit rechter Gewalt beschäftigen und beschäftigen müssen, sind nach Terrorakten wie zuletzt in Hanau
11 nicht überrascht, sie sind geschockt und fühlen sich hilflos. Rechtsradikaler Terror ist eine Kontinuität in
12 Deutschland. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir mit Menschen, die seit Jahren
13 gezwungen sind, sich mit den Gewalttaten zu beschäftigen, das Gespräch suchen. Denn unsere Demokratie
14 wird daran gemessen, wie wir mit marginalisierten, nicht der Mehrheitsgesellschaft angehörenden Men-
15 schen umgehen. Seit Jahren ist die Rede davon, dass wir „Zeichen setzen“ müssen – passiert ist aber wenig.
16 Dabei ist es unsere Aufgabe, dass alle Menschen sicher und frei leben können. Solange wir das nicht sicher-
17 stellen können, solange ist der Kampf um die Demokratie nicht gewonnen.

18 Wir stehen dabei gerade auch in unserer historisch gewachsenen Verantwortung und verurteilen all diese
19 bekannten, aber auch die (noch) unbekannt Taten aufs Tiefste und wollen uns den Feind*innen unse-
20 res demokratisch verfassten Rechtsstaates entschlossen entgegenstellen. Täterinnen und Täter benötigen
21 kein Verständnis, sondern eine Bestrafung. Sobald Täterinnen oder Täter ermittelt werden, müssen sie hart
22 und konsequent bestraft werden.

23 • Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der Ermordung Lübckes, der Anschläge in Halle und in Hanau,
24 um insbesondere etwaige Verstrickungen zwischen den Tatverdächtigen und organisierten rechtsra-
25 dikalen Strukturen, wie beispielsweise Combat 18 aufzudecken. Angesichts der offensichtlichen Er-
26 mittlungsspannen und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex unterstützen wir die
27 Forderung des Generalbundesanwalts Peter Frank mit dem Ende des NSU-Prozesses keinen Schluss-
28 strich unter die Aufklärung zu ziehen. Daher bekräftigen wir unsere Forderung nach einer transpa-
29 renten und lückenlosen parlamentarischen Aufklärung des NSU-Komplexes.

30 • Während wir anerkennen, dass es in den Verfassungsschutzbehörden, insbesondere in Niedersach-
31 sen, einen Kulturwandel als Reaktion auf den NSU gab, gibt es weiterhin die Notwendigkeit u.a.
32 grundsätzlich den Einsatz von V-Leuten zu diskutieren. Mindestforderung ist daher eine Überprü-
33 fung der in den Verfassungsschutzbehörden Beschäftigten auf eine rechtsradikale Einstellung. Fälle
34 wie unter anderem des Oberstudienrats Björn Höcke zeigen aber auch, dass bei Verstößen gegen die
35 Werte des Grundgesetzes ein konsequentes Vorgehen von Nöten ist.

36 • Während sich Bundesinnenminister Horst Seehofer erst jetzt der echten Gefahr des Rechtsradikalis-
37 mus bewusst wird, zeigt die Fehleinschätzung der Gewaltbereitschaft Rechtsradikaler in der Vergan-
38 genheit aber, dass eine grundlegende Neubeurteilung – auch vergangener Gewalttaten – notwendig
39 ist. Ergänzend fordern wir eine selbstkritische Überprüfung der Ermittlungsergebnisse in den von
40 Journalistinnen und Journalisten und zivilgesellschaftlichen Organisation benannten Fällen.

41 • Um der großen Verantwortung, welche die Strafverfolgungsbehörden bei der Ermittlungsarbeit ha-
42 ben, gerecht zu werden, fordern wir eine Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden in Straf-
43 verfolgungsbehörden gegenüber rechter Gewalt. Dies kann durch die Zusammenarbeit mit zivilge-

- 44 sellschaftlichen Organisationen unterstützt werden. Wir fordern ein klares und nachdrückliches Be-
45 kenntnis zum Grundgesetz und gegen Faschismus.
- 46 • Verlässliche Strukturen vor Ort und die Etablierung einer langfristigen Finanzierung sind unabdingbar
47 im Kampf gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit.
 - 48 • Betroffene Menschen brauchen Anlaufstellen, deshalb müssen die Mittel für Beratungsstellen wie
49 RespAct ausgebaut und verstetigt werden.
 - 50 • Rechter Terror und rechte Gewalt muss sichtbar werden. Sie darf in der öffentlichen Wahrnehmung
51 nicht untergehen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund
52 besser erfasst und statistisch ausgewertet werden.
- 53

Empfehlung der Antragskommission

Annahme als Resolution